

GEWERKSCHAFTSGRÜN

SprecherInnen
Beate Müller-Gemmeke, MdB
Wolfgang Stather
Roman-Hartmut Wauer

Mail an:
info@gewerkschaftsgruen.de

Internet:
www.gewerkschaftsgruen.de

Pressemitteilung

Rente mit 67 - Rentenkürzung durch die Hintertür verhindern

Das Sprecherteam von GewerkschaftsGrün, Beate Müller-Gemmeke MdB, Wolfgang Stather und Hartmut Wauer erklären zur Diskussion zur Rente mit 67 bei Bündnis 90/Die Grünen:

GewerkschaftsGrün fordert eine Aussetzung der Rente mit 67 und eine umfassende Reform des Rentensystem, denn mit Blick auf die vorherrschenden Arbeitsbedingungen führt die von der Großen Koalition eingeführte Rente ab 67 ohne flankierende Reformen und Maßnahmen für viele zu einer Rentenkürzung durch die Hintertür. Deshalb fordert GewerkschaftsGrün auch eine intensive Diskussion zur Rente mit 67 beim nächsten Bundesparteitag von Bündnis 90/Die Grünen.

Nicht jede Erwerbsbiografie lässt ein Arbeiten bis zum 67. Lebensjahr zu. Eine Rentenreform muss die Verschiedenheit der Lebens- und Erwerbsbiografien berücksichtigen und die unterschiedlichen Belastungen perspektivisch auf das gesamte Arbeitsleben eines Menschen im Blick haben. Es macht einen Unterschied, ob jemand lange Zeit am Bau, in der Altenpflege oder als Dozent an einer Universität tätig war und ob jemand mit 15 Jahren oder erst mit 30 Jahren in das Berufsleben eingestiegen ist.

Notwendig ist also ein ganzes Bündel an Maßnahmen und Reformen, um den Menschen und deren Erwerbsmöglichkeiten gerecht werden zu können. Das Erreichen einer abschlagsfreien Rente kann nicht unterschiedslos für alle ausgestaltet werden. Deshalb kann die Rente mit 67 nur ein Baustein einer Reform sein und zwar für diejenigen, die gute Arbeitsbedingungen haben und nicht allzu früh ins Berufsleben eingestiegen sind. Wer aber in seinem Erwerbsleben gesundheitlich zu stark belastet wurde, muss nach wie vor die Möglichkeit haben, eine abschlagfreie Erwerbsminderungsrente zu erhalten. Aber auch wer sehr lange gearbeitet hat, soll vorzeitig in Rente gehen können. So wäre es nur gerecht, wenn Beschäftigte nach 45 Versicherungsjahre

unabhängig vom Alter eine Rente ohne Abschläge beziehen können. Außerdem sollte älteren Menschen ab dem 60. Lebensjahr durch eine Teilrente flexiblere Übergänge in die Rente eröffnet werden. Und doch wird es immer Beschäftigte geben, die von Armut im Alter bedroht sind. Deshalb ist eine Garantierente notwendig, die für langjährige Beschäftigte und bei unterbrochenen Erwerbsbiografien eine Rente oberhalb der Grundsicherung sicherstellt. Zudem ist GewerkschaftsGrün davon überzeugt, dass eine solidarische Rentenpolitik in der Zukunft nur durch einen Systemwechsel finanziert werden kann – hin zu einer Bürgerversicherung.

Unabhängig vom Renteneinstiegsalter gilt es aber vor allem Arbeit, Arbeitsinhalte und Arbeitszeiten alters- und alternsgerecht zu gestalten und insbesondere die Regelungslücke bei psychischen Belastungen und Stress am Arbeitsplatz zu schließen, damit alle Beschäftigten die Chance erhalten länger zu arbeiten. Ebenso sind Qualifizierung, betriebliche Gesundheitsförderung, ein langfristig angelegtes Personalmanagement und eine passgenaue Arbeitsplatzgestaltung wichtige Eckpunkte. Um die Beschäftigten länger in den Arbeitsprozess einbinden zu können, müssen die Arbeitsplätze an die Leistungsfähigkeit der Menschen angepasst werden und nicht umgekehrt.

Rechnung getragen werden muss zudem der zunehmenden Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Die Ausweitung des Niedriglohnsektors, Minijobs, ausufernde Leiharbeit und immer mehr befristete Beschäftigung sorgen dafür, dass viele Menschen ein immer wieder durch Arbeitslosigkeit unterbrochenes Erwerbsleben haben. Die Angst vor Altersarmut ist also nicht unbegründet. Prekäre Beschäftigung muss daher unverzüglich eingedämmt und ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden.

Beate Müller-Gemmeke

Mitglied des Deutschen Bundestages
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für Arbeitnehmerrechte

Büro Berlin

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, T: (030) 227 73041, Fax (030) 227 76041
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de